

Landesgesetzblatt für Wien

Jahrgang 1978

Ausgegeben am 29. September 1978

24. Stück

27. Gesetz: Wiener Gasgesetz; Abänderung.

28. Gesetz: Wiener Abgabenordnung — WAO; Änderung.

29. Gesetz: Wiener Sportstättenchutzgesetz.

30. Kundmachung: Geltungsbereich der Vereinbarung über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Sozialhilfe.

27.

Gesetz vom 27. Juni 1978, mit dem das Wiener Gasgesetz abgeändert wird

Der Wiener Landtag hat beschlossen:

Artikel I

Das Gesetz vom 21. Mai 1954, LGBL. für Wien Nr. 17, in der Fassung der Gesetze LGBL. für Wien Nr. 13/1966 und 19/1971, über die Erzeugung, Lagerung, Leitung und Verwendung brennbarer Gase in Wien (Wiener Gasgesetz) wird abgeändert wie folgt:

1. Der Abs. 6 des § 5 hat zu lauten:

„Der Vertrieb und der Anschluß von Gasgeräten, die weder die Prüfmarke (Anlage A) aufweisen, noch vom Magistrat zugelassen sind, ist unzulässig. Verweigert die Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach die Verleihung des Rechtes auf Führung der Prüfmarke, so steht dem Antragsteller das Recht zu, die Zulassung durch den Magistrat zu beantragen. Der Magistrat hat vor seiner Entscheidung ein Gutachten einer autorisierten Prüfanstalt oder eines Zivilingenieurs bzw. eines Ingenieurkonsulenten für Gas- und Feuerungstechnik darüber einzuholen, ob und inwieweit das betreffende Gasgerät den Erfordernissen nach Abs. 1 entspricht. Entspricht das Gasgerät den Erfordernissen nach Abs. 1 oder kann dies durch Bedingungen, Befristungen oder Auflagen erreicht werden, so hat der Magistrat eine Genehmigung zu erteilen. Die Genehmigung ist, wenn die Herstellung als Serienprodukt beabsichtigt ist, als Typengenehmigung und in den übrigen Fällen als Einzelgenehmigung zu erteilen. Der Magistrat hat von der Erteilung die Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach nachweislich in Kenntnis zu setzen. Durch den Magistrat zugelassene Gasgeräte haben statt der Prüfmarke die Tatsache der behördlichen Zulassung sowie Zahl und Datum des Genehmigungsbescheides zu tragen.“

2. An die Stelle der Worte „des Prüfzeichens“ im zweiten Satz des Abs. 3 des § 5 und im ersten Satz des Abs. 4 des § 5 haben die Worte

„der Prüfmarke“ zu treten. Im zweiten Satz des Abs. 4 des § 5 hat an die Stelle des Wortes „Prüfzeichen“ das Wort „Prüfmarken“ zu treten. An die Stelle des auf den Beistrich folgenden Wortes „das“ im ersten Satz des Abs. 5 des § 5 hat das Wort „die“ und an die Stelle des Wortes „Prüfzeichen“ im gleichen Satz das Wort „Prüfmarke“ zu treten. An die Stelle des Wortes „Prüfzeichentafeln“ im letzten Satz des Abs. 5 des § 5 hat das Wort „Prüfmarkentafeln“ zu treten. Im letzten Satz des Abs. 7 des § 5 haben an die Stelle der Worte „ein Prüfzeichen“ die Worte „eine Prüfmarke“ zu treten.

Artikel II

Dieses Gesetz tritt zwei Monate nach seiner Kundmachung im Landesgesetzblatt für Wien in Kraft.

Der Landeshauptmann: Der Landesamtsdirektor:
i. V. Fröhlich-Sandner Bandion

Anlage A



28.

Gesetz vom 27. Juni 1978, mit dem die Wiener Abgabenordnung — WAO geändert wird

Der Wiener Landtag hat beschlossen:

Artikel I

Die Wiener Abgabenordnung — WAO, LGBL. für Wien Nr. 21/1962, in der Fassung der Kundmachung LGBL. für Wien Nr. 2/1963 und der Gesetze LGBL. für Wien Nr. 12/1964 und 4/1974 wird wie folgt geändert:

1. § 57 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Die Parteien und ihre gesetzlichen Vertreter können sich, sofern nicht ihr persönliches Erscheinen ausdrücklich gefordert wird, durch eigenberechtigte Personen vertreten lassen. Unter der gleichen Voraussetzung können sich die Parteien und ihre gesetzlichen Vertreter auch durch Personengemeinschaften und juristische Personen, die eine Befugnis zur Ausübung der Tätigkeit eines Wirtschaftstreuhanders haben, vertreten lassen. Die Vertretungsbefugnis ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen.“

2. Im § 97 Abs. 1 werden nach „BGBI. Nr. 194/1961,“ die Worte „in der derzeit geltenden Fassung“ eingefügt.

3. Dem § 99 werden als dritter und vierter Absatz folgende Bestimmungen angefügt:

„(3) Zur Führung von Büchern und Aufzeichnungen können Datenträger verwendet werden, wenn die inhaltsgleiche, vollständige und geordnete Wiedergabe bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist jederzeit gewährleistet ist; die vollständige und richtige Erfassung aller Geschäftsvorfälle soll durch entsprechende Einrichtungen gesichert sein.

(4) Wer Eintragungen in dieser Form vorgenommen hat, muß, soweit er zur Einsichtgewährung verpflichtet ist, auf seine Kosten innerhalb angemessener Frist diejenigen Hilfsmittel zur Verfügung stellen, die notwendig sind, um die Unterlagen lesbar zu machen, und, soweit erforderlich, ohne Hilfsmittel lesbare, dauerhafte Wiedergaben beibringen.“

4. Dem § 100 werden als dritter und vierter Absatz folgende Bestimmungen angefügt:

„(3) Hinsichtlich der in Abs. 1 genannten Belege, Geschäftspapiere und sonstigen Unterlagen kann die Aufbewahrung auf Datenträgern geschehen, wenn die vollständige, geordnete, inhaltsgleiche und urschriftgetreue Wiedergabe bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist jederzeit gewährleistet ist. Soweit solche Unterlagen nur auf Datenträgern vorliegen, entfällt das Erfordernis der urschriftgetreuen Wiedergabe.

(4) Wer Aufbewahrungen in Form des Abs. 3 vorgenommen hat, muß, soweit er zur Einsichtgewährung verpflichtet ist, auf seine Kosten innerhalb angemessener Frist diejenigen Hilfsmittel zur Verfügung stellen, die notwendig sind, um die Unterlagen lesbar zu machen, und, soweit erforderlich, ohne Hilfsmittel lesbare, dauerhafte Wiedergaben beibringen.“

5. § 101 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Sind amtliche Vordrucke für Abgabenerklärungen aufgelegt, so sind die Abgabener-

klärungen unter anleitungsgemäßer Verwendung dieser Vordrucke abzugeben.“

6. Der Abs. 2 des § 149 hat zu lauten:

„(2) Die Abgabenbehörde hat die Abgabe mit Bescheid festzusetzen, wenn der Abgabepflichtige die Einreichung der Erklärung unterläßt oder wenn sich die Erklärung als unvollständig oder die Selbstbemessung als unrichtig erweist. Von der bescheidmäßigen Festsetzung ist abzusehen, wenn der Abgabepflichtige nachträglich die Mängel behebt.“

7. Der Abs. 3 des § 149 hat zu entfallen.

8. Dem § 158 wird als dritter Absatz folgende Bestimmung angefügt:

„(3) Sofern amtliche Vordrucke zur Entrichtung der Abgabe aufgelegt werden, hat die Entrichtung unter anleitungsgemäßer Verwendung dieser amtlichen Vordrucke zu erfolgen, insoweit mit dem Abgabepflichtigen nicht der Einzugsverkehr über ein Geldinstitut vereinbart wurde.“

9. § 160 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Werden für aushaftende Abgabenschuldigkeiten Zahlungserleichterungen (Abs. 1) bewilligt, so kann die Bewilligung von Bedingungen, die die Einbringung sichern, und von der Leistung einer angemessenen Verzinsung (Stundungszinsen) der aushaftenden Abgabenschuld (höchstens 3% über dem während des Zeitraumes der Zahlungserleichterung jeweils geltenden Zinsfuß für Eskontierungen der Österreichischen Nationalbank) abhängig gemacht werden. Im Fall der nachträglichen Herabsetzung der Abgabenschuld sind die Stundungszinsen, die auf den Minderungsbetrag entfallen, nicht anzufordern oder abzuschreiben.“

10. § 167 hat zu lauten:

„(1) Der Säumniszuschlag wird im Zeitpunkt des Eintrittes der Verpflichtung zu seiner Entrichtung fällig.

(2) Die Festsetzung des Säumniszuschlages kann durch formlose Zahlungsaufforderung erfolgen.“

11. Dem § 175 wird als dritter Absatz folgende Bestimmung angefügt:

„(3) Die Festsetzung der Mahngebühr kann durch formlose Zahlungsaufforderung erfolgen.“

12. Im § 206 Abs. 2 hat „im Sinn des Finanzstrafgesetzes, BGBI. Nr. 129/1958,“ zu entfallen.

13. Im § 234 Abs. 2 ist statt „Verwaltungsgerichtshofgesetz 1952, BGBI. Nr. 96“ zu setzen: „Verwaltungsgerichtshofgesetz 1965, BGBI. Nr. 2“.

14. Im § 251 Abs. 3 ist statt „316 StG.“ zu setzen: „272 StGB“.

Artikel II

Dieses Gesetz tritt mit Ablauf des Tages seiner Kundmachung in Kraft.

Der Landeshauptmann: Der Landesamtsdirektor:
Gratz Bandion

29.

Gesetz vom 27. Juni 1978 zum Schutz der Sportstätten (Wiener Sportstättenschutzgesetz)

Der Wiener Landtag hat beschlossen:

§ 1. (1) Sportstätten im Sinne dieses Gesetzes sind alle Anlagen, die der Ausübung des Körpersportes im Freien dienen und eine für die Sportausübung nutzbare Freifläche von mehr als 500 Quadratmetern aufweisen.

(2) Eine Sportstätte im Sinne des Abs. 1 liegt auch dann vor, wenn während eines Teiles des Jahres durch geeignete Maßnahmen (Errichtung einer Traglufthalle usw.) die Benützung der Fläche unabhängig von der Witterung ermöglicht wird.

§ 2. (1) Dieses Gesetz findet auf alle Sportstätten im Gebiet der Stadt Wien Anwendung. Ausgenommen hievon sind Sportstätten, die

1. nur der persönlichen Sportausübung des Verfügungsberechtigten, seiner Familienangehörigen oder der Gäste dienen;
2. zu den Gemeinschaftseinrichtungen einer Wohnhausanlage gehören;
3. überwiegend dem Unterricht an öffentlichen oder privaten Schulen im Sinne der schulrechtlichen Vorschriften dienen;
4. ausschließlich für die Ausbildung von Angehörigen des Bundesheeres oder eines Wachkörpers bestimmt sind;
5. als Gewerbebetrieb geführt werden oder im Rahmen eines Unternehmens vom Arbeitgeber den Arbeitnehmern zur Verfügung gestellt werden (Betriebssportanlagen).

(2) Wird eine bestehende nicht als Gewerbebetrieb geführte Sportstätte in eine als Gewerbebetrieb geführte Sportstätte umgewandelt, dann hat die Bestimmung des § 2 Abs. 1 Z. 5 erst nach Ablauf von fünf Jahren aufrechten Betriebes dieser Sportstätte auf dieselbe Anwendung zu finden.

§ 3. Eine vollständige oder teilweise Auflassung einer Sportstätte oder Verwendung für andere Zwecke als solche des Körpersportes bedarf einer Bewilligung des Magistrates.

§ 4. (1) Die Bewilligung ist zu erteilen,

1. wenn ein Bedarf nach dieser Sportstätte nicht mehr gegeben ist oder
2. wenn der Antragsteller die Schaffung einer gleichwertigen Sportstätte nachweist.

(2) Die Gleichwertigkeit einer ersatzweise einzurichtenden Sportstätte ist gegeben, wenn diese unter Beachtung der in der aufzulassenden Sportstätte gebotenen Möglichkeiten in deren räumlichem Einzugsbereich liegt und so rechtzeitig fertiggestellt wird, daß der Sportbetrieb ohne wesentliche Unterbrechung durchgeführt werden kann.

(3) Ist die Schaffung einer gleichwertigen Sportstätte im Sinne des Abs. 2 nicht möglich, so ist die Bewilligung nur dann zu erteilen, wenn die in Aussicht genommene Verwendung der Liegenschaft in wesentlich höherem öffentlichen Interesse gelegen ist als der weitere Bestand der Sportstätte und der Bewilligungswerber eine Sportstätte errichtet, durch die ein Bedarf an einer gleichwertigen oder ähnlichen Sportstätte in einem außerhalb des räumlichen Einzugsbereiches der aufzulassenden Sportstätte gelegenen Gebiet von Wien befriedigt werden kann.

§ 5. Der Magistrat hat vor Erlassung des Bescheides ein Gutachten des Wiener Landessportrates einzuholen.

§ 6. (1) Wurde eine Sportstätte ohne Bewilligung aufgelassen oder für andere Zwecke als solche des Körpersportes verwendet, kann der Magistrat unbeschadet der Strafbarkeit dem Eigentümer der Grundfläche die Wiederherstellung des früheren Zustandes vorschreiben.

(2) Wurde die Auflassung der Sportstätte oder ihre Verwendung für andere Zwecke als solche des Körpersportes vom Bestandnehmer oder einem sonstigen Nutzungsberechtigten vorgenommen, so ist die Wiederherstellung des früheren Zustandes diesem vorzuschreiben.

§ 7. Eine Verwaltungsübertretung begeht, wer

1. eine Sportstätte zur Gänze oder teilweise ohne Bewilligung des Magistrates aufläßt oder
2. wer einem Auftrag zur Wiederherstellung einer ohne Bewilligung des Magistrates gänzlich oder teilweise aufgelassenen Sportstätte nicht innerhalb der ihm gestellten Frist nachkommt

und ist vom Magistrat mit Geld bis zu 100 000 S zu bestrafen.

§ 8. Dieses Gesetz tritt mit 1. September 1978 in Kraft.

Der Landeshauptmann: Der Landesamtsdirektor:
i. V. Fröhlich-Sandner Bandion

30.**Kundmachung des Landeshauptmannes vom 31. August 1978 betreffend den Geltungsbereich der Vereinbarung über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Sozialhilfe**

Gemäß § 44 Abs. 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 1972 über die Regelung der Sozialhilfe (Wiener Sozialhilfegesetz — WSHG), LGBl. für Wien Nr. 11/1973, wird kundgemacht:

Das Land Steiermark ist der Vereinbarung über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Sozialhilfe, LGBl. für Wien Nr. 9/1974, beigetreten.

Der Beitritt wird gemäß Art. 9 Abs. 2 der Vereinbarung am 15. Oktober 1978 wirksam.

Der Landeshauptmann:
Gratz